

Zwei Momentaufnahmen der Wiedervereinigung aus ostdeutscher Sicht

# Dynamik durch Vorgaben

Matthias Gehler

Es wird wohl nie bis ins Detail zu klären sein, wie die Wechselwirkungen verschiedener Faktoren den deutsch-deutschen Vereinigungsprozess vorangetrieben haben. Ein weites Arbeitsfeld für Historiker, Politologen und Psychologen. Aus meinen Erfahrungen als Regierungssprecher der ersten frei gewählten und letzten DDR-Regierung kommt dem Wechselspiel zwischen äußerer und innerer Dynamik weitaus größere Bedeutung zu als bisher beigemessen.

Innenpolitisch drängte neben dem Zwang zur Lösung von Sachfragen vor allem das nicht zu unterschätzende psychologische Moment. Die dichte Aufeinanderfolge von Ereignissen und spektakulären Änderungen für die DDR-Bevölkerung, verbunden mit Realitätsschock und dem Abbau marxistischer Utopien, bewirkte eine Massendynamik, die dem Prozess der Vereinigung Bedingungen stellte.

---

## Außenpolitischer Kontext

---

Der außenpolitische Kontext bildete den zweiten Teil der Vorgaben. Sie machten die Vereinigung nicht nur möglich, sondern formten den Prozess auch entscheidend. Folgende Stichpunkte erinnern an den schmalen zeitlichen Spielraum, in dem sich der Prozess bewegte: Solidarność, Perestroika, Zerfall des Warschauer Vertrages,

wirtschaftliche Stabilität und gute Konjunkturdaten – Golfkrieg, Putsch gegen Gorbatschow, Rezession. Chronologisch gesehen konzentriert sich im Rückblick die dichte Ereignisfolge des Jahres 1990 auf einen Kairos, einen historischen Zeitpunkt mit ausschlaggebender Bedeutung für die nachfolgende deutsche Geschichte. Exemplarisch möchte ich zwei größere Beispiele herausgreifen, die als Momentaufnahmen das Spannungsfeld charakterisieren, in dem sich die Politik im Vereinigungsjahr befand. Es geht um eine außen- und eine innenpolitische Komponente. Zunächst möchte ich über die erste Reise der neuen DDR-Regierung am 28./29. April berichten, die nach Moskau ging.

Kaum im Amt, wollte de Maizière ein Zeichen setzen und in die Sowjetunion reisen. Es galt, Gorbatschow Dankbarkeit zu signalisieren und den alten großen Bruder im Osten bei Laune zu halten.

Im April 1990 hatte die innere Krise des Sowjetimperiums einen Höhepunkt erreicht. Nach Armenien und anderen Teilrepubliken strebten jetzt auch die Länder des Baltikums nach Unabhängigkeit. Das konnte auf die Vereinigung Deutschlands nicht ohne Wirkung bleiben. Ein großer Teil des Ost-West-Handels wurde über baltische Ostseehäfen abgewickelt. Im Zusammenhang mit dem Baltikum fielen historische

Reizworte wie Annexion und Hitler-Stalin-Pakt. Zwischen Moskau und Wilnius wurde ein verbaler Kampf mit Drohungen und Ultimaten ausgefochten. Die Stimmung war gereizt.

In diese Zeit hinein plante die erste freie DDR-Regierung ihren Russlandbesuch. Ostdeutschland stand dann a persona in Moskau vor der Tür und Gorbatschow vor folgenden, seinen eigenen Landsleuten nicht vermittelbaren Fragen: Wieso kann sich angesichts leerer Regale im eigenen Land der größte Handelspartner, die DDR, absetzen? Wird Deutschland als „Großmacht“ ins gegnerische Militärbündnis streben? Sollte man angesichts der noch immer in den Köpfen vorhandenen Erfahrungen des Großen Vaterländischen Krieges jegliche Kontrollmöglichkeit über Deutschland aufgeben?

---

### Das „non paper“

---

Mit Verblüffung nahm de Maizière vor seinem Besuch in Moskau vom sowjetischen Botschafter in der DDR ein mehrseitiges Schreiben entgegen. Es war ein Forderungenkatalog. Eindeutig wurde gegen einen schnellen Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz votiert und ein vereintes Deutschland in der NATO als unannehmbar bezeichnet. Eine solche undiplomatische Einmischung hätte jede andere frei gewählte Regierung brüskiert. Doch das Papier verursachte offiziell keinen Skandal. De Maizière war zwar empört, stellte dies jedoch hintenan. Es war sofort klar, es geht um Einschüchterung und Provokation, auch darum, uns vor den Verhandlungen in Moskau zu schwächen. Jegliche Zerwürfnisse und eine Reaktion auf die Provokationen hätten Zeit gekostet, und die wäre den Russen zugute gekommen.

Die Existenz des erwähnten „non papers“ konnte der Öffentlichkeit allerdings nicht verborgen bleiben. Was ihr jedoch nicht so deutlich vor Augen stand, war die harte Form, in der die Sowjets ihre Bedingungen für die deutsche Einheit diktierten. Es war auch ein Papier, das zeigte, welche Nöte die Russen hatten.

Die Sowjets waren in arge wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Die gegenseitigen Lieferverpflichtungen lagen im Ungleichgewicht, und zwar zu ihren Ungunsten. Nachdem noch in den Jahren 1987 und 1988 die Zahlungsbilanz zwischen beiden Ländern mit einem Währungssaldo zugunsten der UdSSR abschloss, verfügte die DDR am Jahresende 1989 über einen Überschuss in Höhe von rund 852 Millionen Rubel. Dieser Trend ging unaufhaltsam weiter. Schon am 20. April 1990, das waren die aktuellen Zahlen, die wir vor unserem Russlandbesuch in den Händen hielten, hatten die Russen bereits 1,3 Milliarden Rubel Schulden. Die Hauptursachen lagen vor allem im Ausbleiben sowjetischer Lieferungen. Angesichts des bevorstehenden Übergangs zu aktuellen Weltmarktpreisen und zu Verrechnungen in frei konvertierbarer Währung ab 1991 war das eine Entwicklung, die die Sowjets in höchstem Maße beunruhigte. Würde sie anhalten, so die Prognosen, hätte die DDR Ende 1990 gegenüber der UdSSR bereits einen Aktivsaldo von nach damaligem Umrechnungskurs etwa 3,8 Milliarden D-Mark gehabt: eine unvorstellbare Verschuldung der Sowjetunion.

---

### Verschärfung vermieden

---

Die DDR-Delegation war sich darüber einig, dass es in bestehenden Verträgen keine Änderungen geben durfte, die die angespannte Situation der Sowjetunion noch

## Dynamik durch Vorgaben

verschärfen würden. Auch ein Erdgasprojekt sollte aufrechterhalten werden. Es war schon zu fünfzig Prozent realisiert. Den Sowjets musste klar gemacht werden, dass sie auch weiterhin unser Haupthandelspartner bleiben würden, insofern sie es wollten. Der Warenaustausch mit der UdSSR nahm zirka 35 Prozent des Gesamtaußenhandels der DDR ein. Und wiederum 35 Prozent des Produktionspersonals unserer Industrie arbeiteten für diesen Export.

Auch Abrüstungsminister Rainer Eppelmann, der mit seinem sowjetischen Gegenüber Jasow die Frage der NATO-Mitgliedschaft zu erörtern hatte, musste sich noch mit weiteren Themen auseinandersetzen. Die Russen sollten wissen, solange die DDR besteht, bliebe sie Mitglied des Warschauer Vertrages.

### **Stationierungs- und Abrüstungsfragen**

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Stationierung der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR auf dem Gebiet der DDR. Das bereitete nicht nur finanzielle Sorgen, sondern auch vertragliche. Dem Stationierungsabkommen waren unzählige Folgedokumente hinzugefügt worden: Verträge, Regelungen und Vereinbarungen.

Diese waren in alle Winde verstreut und teilweise nicht mehr auffindbar. In der Frage der Lufthoheit legte der Oberkommandierende der Russen die militärische Nutzung des Luftraumes der DDR in Priorität zur Zivilluftfahrt fest. Es gab auch Probleme bei der Vernichtung der Raketenkomplexe „OKA“. Diese waren der DDR 1985 geliefert worden. Obwohl sie nicht Bestandteil des INF-Vertrages waren, hatte die DDR-Regierung beschlossen, die Raketen bis Ende 1990 zu vernichten. Die Startrampen waren bereits unbrauchbar gemacht

worden. Bei den Raketen selbst gab es ernste Schwierigkeiten. Eine Sprengung war aus ökologischen und Sicherheitsgründen unmöglich. Keiner kannte die genaue Zusammensetzung des Raketentreibstoffs. Es sollte deshalb gebeten werden, die im Bestand der NVA befindlichen 24 Raketen in der UdSSR vernichten zu lassen. Einer Delegation der USA, die sich am 30. April 1990 über das eingeleitete Abrüsten der Raketenkomplexe informiert hatte, war eine diplomatische Initiative der DDR bezüglich einer solchen Bitte an die Sowjets zugesichert worden. An diesem Punkt begann eine aktive Mittlerrolle Ostberlins zwischen den Blöcken.

Wie angespannt die Lage während des Besuchs in Moskau war, wurde vielfach deutlich. Das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten der UdSSR und seinem Expertenteam am Nachmittag des 29. April fand an einem langen Tisch statt. Ryschkow klammerte gleich am Anfang einen Diskussionspunkt aus: Deutschland in der NATO. Man sollte sich auf drei andere Gesprächsthemen konzentrieren: auf die bilateralen Beziehungen, auf die Auswirkungen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auf die UdSSR und auf die Rolle der Bundesrepublik in der Übergangsperiode. De Maizière wies darauf hin, dass er für das letztgenannte Gesprächsthema nicht zuständig sei, denn er sitze hier als Vertreter der DDR.

Die frostige Atmosphäre erreichte nach einer halben Stunde ihren Höhepunkt. Ryschkow bemerkte: „Was sagen Sie zu den Informationen, die uns zugetragen wurden, dass die DDR ab Sommer 1990 ihre Erdgasimporte aus der Sowjetunion beschränken oder sogar einstellen will?“

De Maizière: „Woher haben Sie diese Informationen?“ Ryschkow: „Von unserer Bot-

schaft auf der anderen Seite der Mauer.“ De Maizière entschlossen zurück: „Wenn Sie mit uns verhandeln, dann sollten Sie daran denken, dass Sie auch auf unserer Seite der Mauer eine Botschaft haben.“ Auf sowjetischer Seite breitete sich etwas Unbehagen aus, und es kam, wie wir später von den Dolmetschern erfuhren, zu Rügen an die Beamten, die Ryshkow mit falschen Informationen aufs Glatteis geführt hatten. Mit einem Mal war das Eis im Gesprächsverlauf gebrochen. Die Unterredung nahm plötzlich eine fast unkonventionelle und lockere Form an. Ein sich anbahnender Wirtschaftsabschluss, von dem Minister Pohl berichtete, tat sein Übriges. Die Begegnung dauerte nun eine halbe Stunde länger als geplant. Es gab vor der Verabschiedung noch ein ungezwungenes Gespräch im Stehen.

---

### Allgemeine Gereiztheit

---

Nun zu einer Momentaufnahme, die die innenpolitischen Zwänge illustriert: Neben Privatisierung, Bewertung von Grund und Boden, Abschlussbilanzen, die von den VEBs nur schleppend oder falsch erstellt wurden, leeren Regalen vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, Liquiditätsproblemen bei Handwerkern, Schlachthöfen, die nur noch zu dreißig Prozent ausgelastet waren, und steigender Arbeitslosigkeit macht folgendes Beispiel deutlich, dass die Gereiztheit und psychische Anspannung generelle Lösungen erforderten: die Schließung des Palastes der Republik. Gerade dieses Gebäude lag im besonderen Blickfeld der DDR-Bevölkerung. Seine Entstehung war im ganzen Land mitverfolgt worden. Das Bauwerk war nicht nur Gesprächsthema, sondern auch Ausflugsziel und ein kulturelles Zen-

trum für ganz Ostdeutschland. In den Jahren 1973–1976 wurde alles wertvolle Material nach Berlin getragen. In der Provinz protestierte man, trotzdem erfüllte der Bau des Palastes die DDR-Bürger auch mit Stolz – nicht zuletzt, weil sie dafür Materialengpässe in der Region hinnehmen mussten, also für ein gemeinsames Ergebnis mitgelitten hatten. Schließlich war in diesem Prestigeobjekt westliches Know-how nachempfunden worden. Nach modernen internationalen Fertigungsmethoden war die Metallträgerkonstruktionen mit einer dicken Asbestschicht isoliert worden, drei Zentimeter stark. Sie sollte bei Feuer schützen.

Allerdings gab es in der DDR bereits seit 1969 eine Staubvorschrift nach der Arbeitsschutzanordnung 622/2, die diese Arbeit verbot und nur in Ausnahmefällen erlaubte. Damit war man theoretisch manchem westlichen Land voraus.

Die Vorschrift wurde beim Palastbau in Berlin allerdings nicht angewandt. Ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung existierte nicht. Weil das Projekt am Spreeufer so wichtig war, wurde die Ausnahmegenehmigung durch den Bauträger erst gar nicht gestellt. Dennoch – es gab einen mutigen Zwischenfall. Die Arbeitshygiene-Inspektion des Magistrats der Stadt Berlin erlaubte sich am 4. September 1979, auf die Freisetzung von Asbestfasern hinzuweisen. Die Genossen von der Inspektion forderten eine Sanierung schadhafter Stellen, denn es war von Anfang an nicht ordentlich gearbeitet worden. Aber erst 1988 geriet das Thema wieder in die Diskussion. Die Massenmedien im Westen beschäftigten sich mit Asbest. Und da Ostberlin vom Westfernsehen nicht verschont war, forderten sogar die ansonsten linientreuen Palastmitarbeiter Messungen. Das Ergebnis: Die maximal zulässige Ar-

**Dynamik durch Vorgaben**

beitsplatzkonzentration von einer Faser pro Kubikmeter wurde eingehalten.

---

**Gefahr durch Asbest**


---

Am 12. Februar 1990 gab es ein Schreiben an den Direktor des Hauses, in dem die Arbeitshygiene-Inspektion, ermutigt durch die Wende, im zweiten Anlauf eine planmäßige Sanierung forderte. Der Grund: Mit fortschreitendem Alter der Isolierung wurde mehr und mehr von dem schädlichen Stoff freigesetzt. Eine Westberliner Firma wurde beauftragt, sich des Problems anzunehmen. Der Schaden sollte ermittelt und ein Sanierungskonzept erstellt werden. Das Ergebnis: Nach DDR-Richtlinien – und die galten zu dieser Zeit noch – gab es keine Gefährdung; nach bundesdeutschen Maßstäben empfahl die Sachverständigenkommission die komplette Schließung des Gebäudes. Der Hauptgrund lag weniger in den latenten Messwerten als vielmehr in der Gefahr, dass jegliche Erschütterung – zum Beispiel bei Musikveranstaltungen – Asbestfasern in enormer Menge freisetzen könnte. Die Werte würden dann sprunghaft ansteigen. Wieder verging etwas Zeit. Schließlich lag das Problem dem Kabinett de Maizière vor. Der Palast hatte Symbolwert.

Damals ging man von 400 Millionen DM Sanierungskosten aus. Außerdem waren die Räumlichkeiten durch die Volkskammertagungen und sonstige Veranstaltungen ständig ausgebucht. Dazu gehörte auch der geplante historische SPD-Vereinigungsparteitag. Die Politik stand zwischen allen Stühlen. Aus diesem Grund galt es, sich nochmals abzusichern. Am 5. September 1990 – also am Tag, bevor das Problem zum ersten Mal im Kabinett besprochen wurde – hatte der Ministerpräsident in einem persönlichen Schreiben an den SPD-Vorsitzenden

Wolfgang Thierse die Bedenken der Sachverständigenkommission mitgeteilt. Herr Thierse antwortete am 13. September, dass seine Partei den Vereinigungsparteitag trotzdem vom 26. bis 28. September abhalten wolle. Darüber hinaus war zu lesen: „Es ist uns selbstverständlich klar, dass die Entscheidung für die Durchführung des Parteitages trotz der möglichen gesundheitlichen Gefährdung in der Verantwortung der SPD selbst erfolgt.“ Später wurde der Parteitag dann doch unter großem politischen Getöse in das ICC verlegt. Der Vorwurf der SPD: Dieses ganze Vorgehen rieche nach den üblen Methoden des alten Systems. Das Kabinett beschloss, ein weiteres Gutachten einzuholen.

---

**Stimmungsumschwung**


---

Die Psychologie spielte bei der Schließung des Palastes der Republik eine entscheidende Rolle. Von folgendem Vorgang war ich selbst betroffen: Etwa 1500 Blicke richteten sich auf mich, als ich vor die Mitarbeiter des Palastes trat und sie über die Ergebnisse der Gutachten informierte. Die Versammlung drohte aus den Fugen zu geraten. Es gab Gestikulieren und Tumulte. Nach meinen Ausführungen kamen die Experten zu Wort. In detaillierter Weise legten sie das hohe Gesundheitsrisiko dar. Es waren fast die gleichen Argumente. Die Stimmung erlebte einen Umschwung. Ich blieb jedoch der Prellbock. Nur die Fragen lauteten jetzt anders. „Warum haben Sie uns so lange hier arbeiten lassen? Warum wird der Palast nicht sofort geschlossen? Müssen wir wirklich noch ein weiteres Gutachten abwarten?“ Und grotesk: Einige Tage später zog die ganze Schar mit Plakaten vor den Ministerrat und verlangte: Schließt den Palast der Republik! – Endlich lag das zweite

Gutachten auf dem Tisch. Es stammte von Horst Bossenmayer. Er empfahl dringend, die öffentliche Nutzung des Gebäudes einzustellen. Angesichts der Brisanz und der zu Ende gehenden DDR hätte man diese Entscheidung nicht im DDR-Kabinett zu behandeln brauchen. Die Mittel zur Sanierung wären ohnehin aus Westkassen geflossen. Es wurde zunächst über eine Teilschließung und Ausnahmegenehmigung nachgedacht.

Rechtlich gesehen hätte die Bezirkshygiene-Inspektion Berlin die Schließung anordnen müssen, nicht die Regierung. Dieser Weg wurde dann beschritten. So kam es am 19. September 1990 zu einem Schreiben der Bezirkshygiene-Inspektion Berlin, Herrn Dr. W. Clemens, in dem verfügt wurde: „Der Palast der Republik ist mit sofortiger Wirkung aus Gründen der Gesundheitsgefährdung durch Asbest für die gesamte öffentliche Nutzung zu sperren. Diese Festlegung schließt auch die Tagung der Volkskammer ein. Eine Schließung aus Gründen der erkannten Gesundheitsgefährdung duldet keinen Aufschub.“

Damit war auch dem Forderungenkatalog der Belegschaft entsprochen. Dort hieß es: „Wir fordern im Interesse der Gesundheit der zirka 1700 Arbeitnehmer des Palastes der Republik und seiner zahlreichen Besucher die sofortige Schließung.“ Weitere Wünsche der Beschäftigten bezogen sich auf eine Auffanggesellschaft und einen So-

zialplan. Nachdem auf einer Pressekonferenz die endgültige Schließung des Palastes der Republik verkündet worden war, fragten die Journalisten, ob das Gebäude denn nun gesprengt und das alte Berliner Stadtschloss wieder aufgebaut werden würde. So weit hatte in der Regierung noch keiner gedacht. Manche sehen in politischen Entscheidungen Wunschträume ihrer Fantasie wachsen. Eine simple Erklärung scheint manchmal zu einfach, um wahr zu sein.

Nachdem das 180 Meter lange, neunzig Meter breite und 32 Meter hohe Gebäude seine Pforten geschlossen hatte und der Spuk bis heute anhält, ist mir ein Satz noch im Gedächtnis, den damals ein Minister ausgesprochen hat: „Ach, hätten wir den Palast der Republik nur an die Japaner verkauft – die hatten ernstes Interesse.“ Wenn in dieser Bemerkung auch außen- und innenpolitische Aspekte ironisch in Beziehung gesetzt werden, so kann ohne Einschränkung gelten: Der deutsche Vereinigungsprozess war ein Zusammenspiel äußerer und innerer Kräfte, die den Gestaltungsmöglichkeiten der Politiker nicht selten Grenzen setzten. Die Leistungen von Helmut Kohl und Lothar de Maizière sowie vieler anderer Beteiligter auf der politischen Bühne dieser Zeit werden nicht infrage gestellt, so wie sie durch nachfolgende Diskussionen nicht zu mindern sind. Ihr Zusammenspiel ermöglichte eine Sternstunde deutscher Geschichte.

### Zeichen der Schwäche

*„In einer Phase außenpolitischer Schwäche fügten sich die Deutschen [der französischen Linie], trotz der traditionell engen Beziehungen zu Wien. Nicht einmal nach dem Sieg 1866 gegen die Habsburger in der Schlacht von Königgrätz hat Berlin Österreich so schlecht behandelt wie in den letzten Monaten.“*

(Jacques Schuster am 12. September 2000 in *Die Welt*)